

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Britta Haßelmann, Kai Gehring, Tabea Rößner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/8212 –

Förderung von Sozialunternehmen

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Bundesregierung kündigte in ihrer Nationalen Engagementstrategie 2010 an, Rahmenbedingungen für das Sozialunternehmertum zu verbessern. Hier erklärte die Bundesregierung die Anerkennungskultur von Sozialunternehmen zu stärken, indem bestehende Wettbewerbe, Preise und Förderangebote um entsprechende Kategorien für Sozialunternehmen erweitert werden. Weitere Ankündigungen waren der Einbezug der Wohlfahrtsorganisationen sowie die Einrichtung einer Anlaufstelle für soziale Innovationen auf Ebene des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

1. Was folgt aus dem am 25. Oktober 2011 initiierten „Multistakeholdergespräch zur Förderung von Sozialunternehmen“, nachdem nach Aussage der Bundesregierung eine Förderung von sozialer Innovation und Sozialunternehmen ein Schwerpunkt der Nationalen Engagementstrategie ist?

Am 25. Oktober 2011 stellte die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder, zusammen mit dem Mitglied des Vorstands der KfW Bankengruppe, Dr. Axel Nawrath, ein Instrument zur Wachstumsfinanzierung von Sozialunternehmen vor.

Anschließend bearbeiteten die über 200 eingeladenen Personen sechs zentrale Themen mit jeweils drei spezifischen Fragestellungen.

Die Themenbereiche waren: Menschen und Karrieren, Wachstum und Verbreitung, Qualität und Wirkung, Private Förderung, Öffentliche Förderung und Kooperationen, jeweils bezogen auf Sozialunternehmen. Umgesetzt wurde damit die Absicht, die Förderung von sozialen Innovationen und Sozialunternehmen von Anfang an gemeinsam mit allen Akteuren des Bereichs zu gestalten. Das Ziel der Veranstaltung war es, zentrale Fragestellungen für eine Multistakeholderkonferenz zur Förderung von sozialen Innovationen und Sozialunternehmen, die voraussichtlich im Herbst 2012 stattfinden wird, zu identifizieren. Eine Dokumentation der Ergebnisse des Gesprächs ist vorgesehen.

2. Nach welchen Kriterien erfolgte die Auswahl der Gäste des „Multistakeholdergespräch zur Förderung von Sozialunternehmen“, und wie viel kostete die dreistündige Veranstaltung?

Es wurden Akteure aus den Bereichen Bund, Länder und Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft, Stiftungen und Verbände eingeladen, von denen zu erwarten stand, dass sie sich für die Thematik interessieren. Auch die Mitglieder des Bundestagsunterausschusses Bürgerschaftliches Engagement waren eingeladen.

Die Gesamtkosten betragen 30 271 Euro.

3. Wie ist, nach dem im Auftrag der Bundesregierung entwickelten Förderprogramm der KfW Bankengruppe für Sozialunternehmen, ein solches definiert, und welche Organisationen können das Förderprogramm in Anspruch nehmen?

Nach aktuellem Stand richtet sich das Eigenkapitalangebot der KfW Bankengruppe an kleine und mittlere Unternehmen, die mit einem unternehmerischen Ansatz und mit einem innovativen Geschäftsmodell gesellschaftliche Probleme in Deutschland lösen wollen und die sich in der Wachstumsphase befinden, d. h. deren Geschäftsmodell sich bereits in der Praxis bewährt hat und die nun expandieren wollen. Die Lösung des gesellschaftlichen Problems muss Kerngeschäft des Sozialunternehmens und das Geschäftsmodell muss mittel- und langfristig selbsttragend sein.

Das Angebot richtet sich an Unternehmen in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft (AG, GmbH, KGaA, gGmbH, gAG), die ihren Betriebssitz in Deutschland haben und sich mehrheitlich im Eigentum natürlicher Personen und/oder juristischer Personen des Privatrechts befinden.

Die KfW Bankengruppe beteiligt sich gemeinsam und zu gleichen Teilen mit einem Partnerinvestor an Sozialunternehmen. Das dem Sozialunternehmen zur Verfügung gestellte Kapital (KfW Bankengruppe: max. 200 000 Euro) dient der Deckung seines Finanzbedarfs.

4. Wie werden Wohlfahrtsorganisationen mit in die Aktivitäten der Bundesregierung zur Förderung von Sozialunternehmen einbezogen?

Die Bundesregierung ist mit den Wohlfahrtsorganisationen im Gespräch über bzw. zusammen mit Sozialunternehmen. Wie auch die Beteiligung an dem Multistakeholdergespräch zeigt, ist es Absicht der Bundesregierung, die Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsorganisationen im Bereich der Sozialunternehmen voranzubringen.

5. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die Anerkennung von Sozialunternehmen zu stärken?

Gibt es, wie in der Nationalen Engagementstrategie aufgeführt, bereits Wettbewerbe oder Preise, die die Bundesregierung um die Kategorie Sozialunternehmen ergänzt hat?

Die Bundesregierung ergreift hier insbesondere Maßnahmen, um die Aktivitäten der Sozialunternehmen verstärkt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken und die Akzeptanz in der Gesellschaft zu stärken. Das Multistakeholdergespräch und die 2012 geplante Konferenz dienen diesem Zweck. Weiterhin arbeitet die Bundesregierung auch mit Sozialunternehmen bei der Durchführung von Projekten zusammen.

Die Bundesregierung beteiligt sich an Wettbewerben im Bereich der bürgerschaftlichen Engagements, an denen auch Sozialunternehmen teilnehmen können. Zum Beispiel gab es beim vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderten Deutschen Engagementpreis im Jahre 2009 die Kategorie „Sozialunternehmen“. Zudem hat die Bundeskanzlerin bereits 2008 die Schirmherrschaft für den Wettbewerb „Social Entrepreneur des Jahres – Deutschland“ der Schwab Stiftung für Social Entrepreneurship übernommen. Der Deutsche Gründerpreis 2011, der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie finanziell unterstützt wird, hat 2011 in der Kategorie Sonderpreis einen Sozialunternehmer prämiert.

6. Wann wird die in der Nationalen Engagementstrategie angekündigte „Anlaufstelle“ für soziale Innovationen im BMFSFJ eingerichtet?

Für welche Organisationen steht diese „Anlaufstelle“ offen?

Innerhalb des BMFSFJ steht das Referat 311 Sozialunternehmen als Anlaufstelle zur Verfügung.

7. Welche Foren des Austauschs und Netzwerkens unterstützt die Bundesregierung über die „Anlaufstelle“ im BMFSFJ hinaus?

Das Referat arbeitet grundsätzlich mit allen Akteuren zusammen, die im Bereich der Engagementpolitik tätig sind.

Das Existenzgründungsportal des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie enthält spezielle Informationen und Ansprechpartner zum Thema Social Entrepreneurship, www.existenzgruender.de, u. a. Existenzgründungsnewsletter (www.existenzgruender.de/imperia/md/content/pdf/newsletter/newsletter201109nr91.pdf).

8. Welche Rolle sollen, nach Meinung der Bundesregierung, Sozialunternehmen in der Förderung bürgerschaftlichen Engagements zukünftig im Verhältnis zu bestehenden Organisationen wie Freiwilligenagenturen- und Freiwilligendienstträgern, Seniorenbüros, Mehrgenerationenhäusern und vielen anderen einnehmen?

Sozialunternehmen als neue Form des bürgerschaftlichen Engagements sollen neben den bereits etablierten Organisationen, Verbänden, Einrichtungen und Diensten tätig werden können und mit ihren Angeboten das Spektrum des bürgerschaftlichen Engagements ergänzen.

Ziel der Bundesregierung ist es, Brücken zu bauen, damit alle Akteure gegenseitig profitieren, von sozialen Innovationen ebenso wie von vorhandenen Strukturen. Dabei ist sich die Bundesregierung der Tatsache bewusst, dass auch die etablierten Organisationen seit jeher einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag zur sozialen Innovation in Deutschland leisten.

9. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bislang zur gesellschaftlichen Anerkennung von Sozialunternehmen eingeleitet, und wie schätzt die Bundesregierung gegenwärtig die gesellschaftliche Anerkennung von Sozialunternehmen ein?

Nach Einschätzung der Bundesregierung gewinnen Sozialunternehmen in Deutschland zunehmend Aufmerksamkeit und Anerkennung. Ihre Absicht ist es, die Sozialunternehmen dabei zu unterstützen, ihre Ansätze bekannt zu

machen und zu verbreiten. Sie arbeitet hierzu mit allen Akteuren aus den Bereichen Wirtschaft, Dritter Sektor und öffentliche Verwaltung sowie Kammern, Verbänden und regionalen Initiativen zusammen, die ein entsprechendes Interesse hieran haben.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.